

Statement

Will die Türkei einen neuen Krieg im Norden Syriens?

Seit Wochen droht der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, die türkische Armee in den Norden Syriens zu schicken. Weil die Sicherheit der Türkei bedroht sei, wolle er die terroristischen Aktivitäten entlang der syrisch-türkischen Grenze stoppen und dafür eine 30 km breite Pufferzone nach Syrien hineintreiben, so Erdogan. Es wäre die fünfte Invasion in das kriegszerstörte Syrien seit 2016.

Die „Terroristen“ sind kurdische Volksverteidigungseinheiten, YPG/YPJ, die der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK eng verbunden sind. Die PKK und politisch gut organisierte Kurden allgemein sind dem türkischen Präsidenten seit langem ein Dorn im Auge. Da die PKK bei den NATO-Partnern der Türkei ebenfalls als „terroristisch“ verfolgt wird, könnte Erdogan sich eigentlich der Sympathie und dem Verständnis anderer westlicher Staaten sicher sein.

Wäre da nicht die US-Administration, die schon unter Präsident Barack Obama die YPG und deren Ableger für Frauen, YPJ, zum Partner im Kampf gegen den IS ausgesucht hätte. Die disziplinierten, gut trainierten und ausgerüsteten kurdischen Kämpfer*innen hatten den IS erfolgreich zurückgeschlagen. Die US-geführte Anti-IS-Allianz unterstützte die kurdischen Bodentruppen mit Waffen, Aufklärung und Luftangriffen. Seitdem ist das Klima zwischen Ankara und Washington erheblich beeinträchtigt. Ankara wandte sich Moskau zu.

Insofern ist die Drohung Erdogans, erneut nach Syrien einzumarschieren, auch gegen die USA und die NATO gerichtet.

Erdogan weiß, dass die kurdisch geführten Syrischen Demokratischen Kräfte, die SDF, Teil des westlichen Plans geworden sind, Syrien zu schwächen, zu zerteilen und auf Dauer zu einem instabilen Faktor in der Region zu machen. Ein schwaches Syrien nutzt den Interessen der USA, der EU und Israels, einfach aus dem Grund, weil ein schwaches Syrien Iran, Russland und China nicht stärken kann. Das „große Spiel“ um Einfluss und Kontrolle der Region des Mittleren Ostens ist längst im Gange. Wirtschaftlich starke arabische Nationalstaaten wie Irak, Syrien, Libanon, Ägypten es in den 1950iger und 1960er Jahren waren, sind da im Weg.

Aber Erdogan will eigentlich keinen Streit mit den USA, daher läßt er für NATO und Washington Hintertüren geöffnet. Sollten Schweden und Finnland gegen die PKK vorgehen, könnte Ankara dem Beitritt beider Staaten zur NATO zustimmen. Und sollte Washington der Türkei 40 moderne F-16 Kampffjets (von Lockheed Martin) und 80 Modernisierungspakete für seine existierenden Kriegsflugzeuge erhalten, würde Ankara es vermutlich bei den Drohnenangriffen belassen, die gegen den Norden Syriens seit Beginn des Krieges nie aufgehört haben.

Auch gegen Russland richtet sich die Drohung Erdogans. Russland hat kein Interesse an neuen militärischen Auseinandersetzungen im Norden Syriens. Die Türkei will, dass Russland ihr mehr Gelegenheit geben sollte, sich im Ukraine-Krieg als Vermittler zu präsentieren, dann könnte Erdogan Russland im Norden Syriens auch unterstützen.

Die Drohungen Erdogans sind auch ein Signal an Israel, dem Ankara sich wieder annähern möchte und umgekehrt. Sollte also die türkische Armee in den Norden Syriens einmarschieren, könnte Israel die Gelegenheit nutzen, eigene Rechnungen mit Syrien und dessen Verbündeten Iran in Syrien zu begleichen. Allein in der vergangenen Woche - am Montag und am Freitag - hat Israel zwei Mal den Internationalen Flughafen von Damaskus angegriffen. Der Angriff am Freitag löste so große Schäden aus, dass die syrische Luftfahrtbehörde den Start- und Landeverkehr einstellen und den Flughafen vorübergehend schliessen mußte.

Erdogan möchte die UNO beeindrucken und gleichzeitig innenpolitisch punkten. Er will als Präsident für eine dritte Amtszeit wiedergewählt werden, kann aber – neben vielen anderen Problemen - wirtschaftlich nur eine desaströse Krise vorweisen. Erdogan will also die mehr als 3 Millionen syrischen Flüchtlinge, die seit Jahren in der Türkei leben, in ihre Heimat zurückzwingen. Sollte die Türkei in den Norden Syriens einmarschieren und weitere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen, könnte Ankara die syrischen Flüchtlinge dorthin zurücksiedeln und dafür auch finanzielle Unterstützung der UNO verlangen.

Dass damit ein massiver demographischer Wandel in Syrien verbunden wäre, ficht Erdogan nicht an. Seine Besatzungs- und Besiedlungspolitik hat schon seit der Besetzung 1974 den Norden Zyperns verändert, sein großes Vorbild ist Israel und dessen völkerrechtswidrige Besatzungspolitik in Palästina.

Nur um es nicht zu vergessen:

Alles das und noch viel mehr was in Syrien geschieht, ist nach dem internationalen Recht illegal. Dabei geht es der Türkei - und nicht nur der Türkei - weder um Sicherheit oder Demokratie, es geht um Macht und Kontrolle.

Syrien kann nur zur Ruhe kommen, wenn die türkischen und US-Besatzungstruppen sich aus dem Land zurückziehen und wenn die syrischen Ressourcen – Öl, Gas, Baumwolle, Weizen, Wasser - dem Land zurückgegeben werden. Wenn die Rückkehr der syrischen Flüchtlinge mit einem UNO-Programm begleitet wird, wenn die syrische Regierung international als Gesprächspartner akzeptiert und respektiert wird. Wenn es Hilfe für den Wiederaufbau gibt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn die Sanktionen von USA und EU aufgehoben werden - erst dann kann das Land zeigen, welches Potential in ihm steckt.

(5350 Zeichen)

(Karin Leukefeld)